

‚Westliche Werte‘, doppelte Standards und die neue Weltordnung von Andreas Zumach

Transkript des Vortrags auf dem Studientag des FFE am 12.10.2024 in Karlsruhe

Ja, einen guten Nachmittag. Ganz herzlichen Dank für die Einladung. Hier ist es mir eine Freude und natürlich große Ehre nach meinem Freund und langjährigen, ich hätte fast gesagt, Kampfgenossen, aber das sagt man nicht, Hans von Sponeck, hier reden zu dürfen. Ich werde vieles von dem, oder alles von dem, was ich absolut genauso sehe wie er, nicht wiederholen, auch um kostbare Zeit zu sparen und Sie nicht zu langweilen und werde an einigen Punkten und gleich am Anfang historisch und auch geographisch und politisch doch ein bisschen weiter ausholen wollen oder tiefer schürfen, als Hans das gemacht hat. Hans hat ja in seinem ersten Punkt, bei mir sind es auch drei, die Verwestlichung historisch begonnen mit dem Jalta-Abkommen und dann 45, also als eine Absprache mehr oder weniger zwischen der damals westlichen Hauptsiegermacht USA und der Sowjetunion. Aber ich finde, es gibt auch eine Nord-Süd-Dimension, die damals schon und nicht erst damals wichtig war. Ich will das mal so formulieren mit der Frage: Seit wann gibt es eigentlich überhaupt so was wie eine Ordnung in der Welt? Also Ordnung immer definiert als Absprache zwischen Menschen über gewisse Regeln. Die gibt es ja in Zweierbeziehungen, die gibt es in Familien, in der Regel nicht schriftlich fixiert, die gibt es in einer Stadt wie Karlsruhe durch Beschlüsse des Stadtrates, die gibt es bundesweit bei uns durch Beschlüsse des Bundestages und das Handeln der Exekutive. Aber seit wann hat das auf globaler Ebene angefangen oder zumindest auf teilglobaler Ebene? Ich stelle mal die Frage: Warum ist es so gewesen? Also es hat angefangen Ende des 15. Jahrhunderts, als die Europäer damals die Seewege nach Ost und West entdeckt und befahren haben und Christoph Kolumbus nach Westen in Amerika gelandet ist und andere da, wo das heutige Indien und so weiter ist. Die Frage: Warum war das nicht umgekehrt? Warum haben die Inder nicht als Seefahrer Europa entdeckt und dann auch kolonisiert? Weiß ich nicht. Ich werde nach dem heutigen Tag mal gucken, ob es dazu in der Historie eine Antwort gibt. Also warum waren die Europäer damals an dem Punkt technologisch, von den Schiffen her, auch von den Waffen, die sie hatten und so weiter, das zu tun und die anderen dann zu unterwerfen? Aber da etwa beginnt es und das prägt eben bis heute auch das mangelnde Selbstbewusstsein vieler im globalen Süden, das, was die postkolonialen Forscher als nach wie vor vorherrschende kulturelle Unterlegenheitsgefühle bezeichnen. In der Einladung zum heutigen Tag hat der Leitungskreis verwiesen auf einen der wichtigsten postkolonialen Forscher. Das ist der Inder Dipesh Chakrabarty. Dessen wichtigstes Buch für unsere Diskussion ist auf Deutsch „Europa provinzialisieren“. Und da beschreibt er eben nicht nur die unmittelbaren, handfesten Auswirkungen der Kolonialzeit damals im Sinne von ökonomischer Ausbeutung, Versklavung, Ermordung ganzer Völker und die Tatsache, dass die ökonomischen Abhängigkeiten ja auch

nach der offiziellen Entkolonialisierung angehalten haben und bis heute zum Teil anhalten, sondern er beschreibt sehr eindeutig, wie eben durch diese Kolonialzeit in Indien und in vielen anderen damaligen Kolonialterritorien europäischer Kolonialstaaten keine eigenständige Entwicklung stattgefunden hat und man sich dann doch an dem orientiert hat, was die Europäer gesetzt haben, also etwa an dem europäischen Begriff der Moderne oder auch der Aufklärung. Und viele der postkolonialen Forscher, vor allem aus dem Süden, thematisieren das auch als ein Problem in ihren eigenen Ländern, das zu überwinden sei.

Die Völkerrechtler und Politikwissenschaftlerinnen bei uns würden sagen, die Weltordnung beginnt, die Völkerrechtsordnung, so wie wir sie heute haben, 1648, mit dem westfälischen Frieden von Münster und Osnabrück nach dem dreißigjährigen Krieg. Das ist einerseits eine eurozentrische Wahrnehmung, aber es hat eben damit zu tun, dass diese ganzen Entwicklungen bis hin dann zur UNO ja wesentlich parallel gingen zur Nationalstaatenentwicklung in Europa, immer auch beendend vorherige blutigste Auseinandersetzungen auf unserem Kontinent. 1648 war natürlich für die Menschen, die den 30-jährigen Krieg überlebt hatten, eine große Erleichterung. Aber der westfälische Frieden hat noch keine die Ordnungsregeln für die Zukunft vereinbart. Er hat, sage ich mal zugespitzt, das Fell des Bären neu verteilt, also die territorialen Eroberungen, die damals gemacht wurden, festgeschrieben. 1815, Wiener Kongress, passiert dasselbe nach den napoleonischen Kriegen. Und das, obwohl Immanuel Kant 1795 in seiner Schrift zum ewigen Frieden bereits detailliert eine Weltorganisation skizziert hat, sehr ähnlich der heutigen UNO, mit der Hauptverantwortung der Bewahrung oder notfalls auch Wiederherstellung des Friedens. Aber das wollten die Herrscher, die damals regierten, noch nicht hören. Und erst nach den verheerenden Kriegen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, hat dann bekanntlich Henry Dunant, der junge Arzt aus Genf, der auf den Schlachtfeldern von Solferino war, wo 40.000 schwer verwundete Soldaten elendiglich verreckten in den nächsten Tagen, weil es eben kein Rotes Kreuz oder irgendeine andere humanitäre Organisation gab. Und das war für ihn der Impetus, nach seiner Rückkehr, das Rote Kreuz zu gründen. Das ist der Beginn des sogenannten humanitären Völkerrechts, was ja noch kein Kriegsverbot beinhaltet, aber Regeln setzt, wenn denn schon Krieg geführt wird; also Hauptregel, nicht gegen Zivilisten, nicht gegen zivile Ziele. Es folgt die Haager Landkriegsordnung, wo das weiter festgeschrieben wird. Dann kommt, von Hans auch erwähnt, der Erste Weltkrieg mit dem erstmaligen Versuch, eine Weltorganisation zu gründen, wobei uns immer klar sein muss: Wenn wir zu dem Zeitpunkt von Weltorganisationen reden, dann reden wir von den 50 plus ein, zwei, drei Staaten, die es damals schon gab. Das sind die beiden nordamerikanischen Staaten. Das sind die ehemaligen Kolonien der Spanier und Portugiesen in Mittel- und Südamerika, die ja schon im 19. Jahrhundert frei wurden. Und das sind die europäischen Staaten West und Ost. Der Rest der Welt, in Anführungszeichen, waren ja Kolonien. Der Versuch mit dem Völkerbund ist gescheitert. Der Völkerbund, der übrigens

auch noch kein Kriegsverbot enthielt, zwar Mechanismen zur Konfliktbeilegung, aber Krieg war nach wie vor erlaubt. Und wir haben dann ja auch in den nächsten 25 Jahren die Kriege erlebt, die zum Zusammenbruch des Völkerbundes führten, sei es Italien, Äthiopien, sei es Japan und natürlich die der Aufrüstung der Weimarer Republik unter Verstoß gegen den Versailler Vertrag. Und erst nach dem tiefen Zivilisationsbruch des von Nazi-Deutschland ausgelösten Krieges mit 60 Millionen Toten, der Shoah mit über 6 Millionen ermordeten Juden und Europa halb unter dem Faschismus, ist es dann gelungen, mit der UNO-Charta von 1945 erstmals völkerrechtlich ein Kriegsverbot zu vereinbaren. Und der zweite wichtige zivilisatorische Fortschritt, der nur vor dem Hintergrund dieses tiefen Zivilisationsbruchs erklärbar ist, ist die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948, in der er zum allerersten Mal in der Menschheitsgeschichte individuelle Menschenrechte überhaupt mal definiert wurden: Politische, bürgerliche Freiheitrechte als Abwehrrechte gegen staatliche Übergriffe, also das Recht, nicht gefoltert zu werden und so weiter, aber auch politische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Rechte, auch Anspruchsrechte, Recht auf Ernährung, Recht auf sauberes Wasser, Recht auf Gesundheitsversorgung. Und ich plädiere sehr für diese Normen, die damals noch von nur 51 Staaten vereinbart wurden, ja, das ist richtig. Aber der gesamte Rest der Welt hat natürlich die UNO-Charta inzwischen unterschrieben, alle 193 Staaten, sonst könnten sie nicht Mitglied der UNO sein. Und fast der ganze Rest der Welt hat mit den, zum Teil von Hans genannten Lücken, auch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte ratifiziert und die darauf fußenden speziellen Menschenrechts-Konventionen. Du hast die Kinderrechtskonvention genannt, die Frauenrechtskonvention Konvention. Ich füge hinzu die Genozid-Konvention, die allerdings universell unterschrieben wurde von 48. Und ich plädiere sehr dafür, dieses zu begreifen als völkerrechtlich vereinbarte, universell gültige Normen. Normen, die natürlich auf Werten und Überzeugungen basieren. Aber der Unterschied ist mir wichtig – dazu komme ich nachher noch mal –, weil das oft in der Debatte auch innerhalb von Friedensbewegungen und anderen Organisationen durcheinandergeht, wenn es die Frage geht, wovon sollen und wollen und müssen wir uns denn verabschieden im Zuge einer Entwestlichung und auf was ist unbedingt auch künftig zu beharren.

Der zweite Punkt betrifft die auch im Titel ja angekündigten doppelten Standards oder auch, wie ich es nenne, die selektive Anwendung dieser universell gültigen Normen, von denen ich eben gesprochen habe. Und darum geht es. Wenn bei uns von westlichen Werten geredet wird, kann ich nur sagen: Tut diese Formulierung in den Mülleimer! Es gibt keine westlichen Werte, wenn damit gemeint ist, und das ist eben manchmal so gemeint, als seien diese Freiheitsnormen, diese Menschenrechtsnormen, westliche Werte. Nein, das sind sie nicht. Es sind universelle Werte. Und ich glaube, das Unbehagen, das zunehmende Unbehagen gegenüber den Staaten des globalen Nordens rührt daher, dass diese Staaten diese universellen Normen so häufig – ich rede jetzt mal nur über die letzten 35 Jahre seit Ende des Kalten Krieges – diese Normen so

häufig auf brutale Weise selber verletzt haben. Der Irakkrieg von 2003 ist mit eines der schlimmsten Beispiele über eine Million tote Iraker*innen. Bis heute war es nicht einmal möglich, in der UNO-Generalversammlung durch eine Resolution festzustellen: Ja, das war ein Völkerrechtsbruch. Warum war das nicht möglich? Alle, die entsprechende Resolutionen einbringen wollten, vor allem die Südafrikaner, sind von der US-Administration, jetzt sind wir im Jahre 2005, so massiv bedroht und unter Druck gesetzt worden, dass sie dieses Vorhaben immer haben fallen lassen. Und wenn bis heute bei uns auch in der Politik bis weit in die CDU hinein gesagt wird: „Ja, es war ein lässlicher Fehler, dass wir damals keine deutschen Bundeswehrsoldaten auch in diesen Krieg geschickt haben und es war ein Fehler, dass die Amerikaner sich dann zu früh nach acht Jahren Besatzung zurückgezogen haben, aber keine klare Verurteilung dieses Krieges, dann hält diese Doppelmoral, halten diese doppelten Standards auch mit Blick auf diesen schlimmen Krieg weiter an. Ich könnte jetzt den Rest meiner Zeit darauf verwenden, nur über diese doppelten Standards zu reden. Das lasse ich natürlich, aber ich will doch sagen, das tosende Schweigen, wenn es so was überhaupt gibt, was in Washington, in Berlin und anderen westlichen Hauptstädten herrscht, mit Blick auf die Folgen des Krieges der israelischen Streitkräfte gegen die Hamas und die Bevölkerung im Gazastreifen, dieses ist ein so eklatantes Beispiel von doppelter Moral, von Anwendung universeller Werte nach doppelten Standards, das wird die ohnehin schon schwer angeschlagene Glaubwürdigkeit der nordwestlichen Staaten im globalen Süden noch viel mehr unterminieren und das wird uns auf Jahrzehnte beschäftigen, hier die Glaubwürdigkeit vielleicht irgendwann wieder zurückzubringen. Das kann ich gar nicht drastisch genug ausdrücken.

Aber ich gehe noch mal einen Schritt zurück: War denn die Weltordnung, die dann 1945 etabliert wurde, eine Gerechte? Hans hat schon einige Punkte gesagt, aber ich will noch zwei, drei weitere nennen. Natürlich war sie es nicht. Was heißt natürlich? Es gab keine Stunde null. Ich meine, auch manche fragten eben in der Arbeitsgruppe und ich erlebe das ja auch bei meinen Vorträgen –, die dann sagen: „Warum kann die UNO nicht das?“ oder „Warum macht sie nicht das?“ Daraus spüre ich immer die Hoffnung, dass diese UNO doch wie ein göltiger Gott aus dem Himmel kommt und bei Konflikten dann nach guten Kriterien diese Konflikte schön und gerecht löst. Aber das ist ja nicht die Situation. Auch 1945 war keine Stunde null der Geschichte. Es war ein tiefer Einbruch. Aber es gab Vor-Geschichte, es gab Vor-Belastungen, es gab Verfeindungen, die anhielten und es gab dann vor allem im Ergebnis sehr massive Unterschiede in den Machtgewichten. Die USA als wirklich einzige Weltmacht, militärisch, ökonomisch, politisch und auch, was die kulturelle Durchdringung der Welt betrifft, sei es mit Jazzmusik, sei es mit anderen Formen der Kultur. Die Sowjetunion war niemals eine ebenbürtige Weltmacht. Sie war es lediglich bei den Atomwaffen. Und das ist völlig klar, dass die USA diese UNO, angefangen von der Charta und dem Institut Sicherheitsrat, ständiger Sitz, nach ihren Vorstellungen geformt haben. Aber ich will zwei weitere Punkte nennen. In leichter

Abweichung, von dem, was du gesagt hast, Hans, zu Weltbank und Währungsfonds. Ich erinnere das anders. Dass nämlich die Generalversammlung bereits 1946 beschlossen hatte, eine internationale Handelsorganisation zu gründen, auf englisch International Trade Organisation, mit der Absicht, dort künftig alle wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten zu bereden und Vereinbarungen zu schließen: Export-Import-Fragen, Fragen von Auslandsinvestitionen, von Besteuerung ausländischer Unternehmen, Währungsfragen, also wirklich diese Hardcore-Fragen, die unser Leben bestimmen. Und dass die USA das aber nicht wollten und dann eben entschieden haben, in Bretton Woods, die von dir auch zitierte Weltbank, den Währungsfonds zu gründen, in denen sie ja bis heute 13% der Stimmgewichte haben. Und wenn die vier ehemaligen Elefanten der Weltwirtschaft – das sind die USA, die EU, Kanada und Japan gewesen, zumindest bis Anfang dieses Jahrtausends –, wenn die sich in irgendeiner Zielsetzung einig sind, innerhalb von Weltbank oder Währungsfonds, dann haben sie mehr als 65% der Stimmgewichte. Das ist eine massive strukturelle Ungerechtigkeit, die von Anfang an angelegt war und die bis heute negativ fortwirkt und alle Forderungen der Länder des Südens, das endlich zu demokratisieren und zu reformieren, sind abgelehnt worden. Das zweite ist natürlich der internationale Strafgerichtshof. Warum haben wir ihn erst 1998 bekommen? Obwohl die Generalversammlung, ebenfalls 1946, sich bereits entschlossen hat: Nun lasst uns nach den Vorbildern der Kriegsverbrechertribunale von Nürnberg und Tokio einen internationalen Strafgerichtshof gründen, der die im Nürnberg erstmals definierten Verbrechen Völkermord, Angriffskrieg, Verbrechen gegen die Menschheit und Kriegsverbrechen künftig überall dort auf der Welt verfolgt, wo sie wieder begangen werden, von wem auch immer. Das war die Idee. Aber die vier ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats USA, Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien wollten das nicht. China hat sich damals noch für nichts interessiert und auch nicht abgestimmt. Warum wollten die anderen vier das nicht? Stellen wir uns vor, es hätte diesen internationalen Strafgerichtshof Mitte der 50er-Jahre gegeben. Dann wären die politisch-militärisch Verantwortlichen der Indochina- und Vietnamkriege der USA und Frankreichs dort gelandet, die Verantwortlichen Frankreichs für den Algerienkrieg 62, die sowjetischen Verantwortlichen für die Invasion in Afghanistan 79 und die anhaltende Besatzung und wahrscheinlich auch britische Verantwortliche für die Kriegsverbrechen britischer Soldaten in Nordirland. Und erst vor dem Hintergrund, und jetzt wird es wieder sehr eurozentriert, vor dem Hintergrund der fürchterlichen Kriegsverbrechen der ethnischen Säuberungen im ehemaligen Jugoslawien ab 1991, die einen Schock ausgelöst haben, vor allem in Europa, dass so etwas bei uns nach zwei Weltkriegen wieder möglich ist, obwohl wir doch all die schönen Normen und Institutionen haben, die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, den Europäischen Gerichtshof, die Europäische Menschenrechts-Konvention, die teileuropäische EU, also alles Dinge, die es auf den anderen Kontinenten noch gar nicht gibt oder nur so rudimentär gibt, was ja auch zu gewisser europäischer Überheblichkeit gegenüber den anderen Kontinenten führt. All das hat versagt und es findet dieser Krieg statt mit 400.000 Flüchtlingen

damals allein bei uns in Deutschland. Das hat dann dazu geführt, dass exekutiv von oben, vom Sicherheitsrat, ein Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien eingesetzt wird, mit Rückwirkung, eigentlich in der Juristerei völlig verboten, dass ein Kriegsverbrechertribunal, das 93 eingesetzt wird, rückwirkend Verbrechen behandeln soll, die seit 91 begangen wurden. Dasselbe passierte dann in Folge des Völkermordes in Ruanda und das erst hat die Dynamik geschaffen, hin zum internationalen Gerichtshof.

Aber das allein hätte nicht ausgereicht. Und hier komme ich zum ersten Mal auf den Punkt „Rolle von Nichtregierungsorganisationen“, die ich mindestens so wichtig einschätze, wie das der Hans v. Sponeck deutlich gemacht hat. Ich gehe sogar noch weiter. Wenn ich meine 32 Jahre als Korrespondent bei der UNO noch mal überblicke und die Frage beantworten soll: Was waren mit die wichtigsten internationalen Erfolge im Sinne von Verträgen, die international vereinbart wurden? dann sind es fünf an der Zahl und die wurden alle nur möglich und durchgesetzt durch eine breite internationale Koalition von Nichtregierungsorganisationen. Und das gilt auch für diesen Strafgerichtshof, wo es eine breite Organisation von über 1.000 Menschenrechtsorganisationen, Frauenorganisationen, Juristinnen aus aller Welt gab, sehr wichtig, nicht nur aus dem Norden, sondern auch aus Asien, Afrika, Lateinamerika, die diesen Strafgerichtshof endlich wollten und ihn dann 1998 durchgesetzt haben. Womit eine strukturelle Ungerechtigkeit aus dem Jahre 1945 ein Stück weit zumindest korrigiert worden ist, wobei die Tatsache, dass wichtige Länder, darunter alle, die im Moment an den heißen Kriegen beteiligt sind, Russland, die Ukraine, Israel und natürlich auch die USA, diesem Strafgerichtshof bis heute nicht beigetreten sind. Ich will dann noch zwei Ereignisse erzählen, die auch Beispiele sind für strukturelle Ungerechtigkeiten, die bis heute fortwirken und auch Beispiele für diese Doppelmoral. Ich glaube, du hast es angesprochen. Für mich war der absolute moralische Tiefpunkt der Politik der Staaten des Nordens in den Jahrzehnten, wo ich in Genf war, die Tatsache, dass bereits in den 80er Jahren und 90ern bei der großen Aidskrise, die vor allem Männer in Afrika getroffen hat und erneut vor drei Jahren, als es Corona-Impfstoffe ging. Die nördlichen Industriestaaten, in denen die größten Pharmakonzerne der Welt sitzen, das ist die Schweiz, Deutschland, Japan, USA, Frankreich und Großbritannien, sich beharrlich geweigert haben, ihre Patente auf bestimmte Impfstoffe und Medikamente wenigstens mal für ein paar Monate auszusetzen, damit dann in Ländern des Südens ausreichend und preislich erschwingliche Medikamente und Impfstoffe produziert werden konnten für die dortigen Bevölkerungen. Das hat im Fall der Corona-Impfstoffe die Folge gehabt, dass in den 54 Staaten des afrikanischen Kontinents bis heute im Gesamtdurchschnitt weniger als 20% auch nur eine erste Impfung erhalten haben.

Und das zweite wichtige Beispiel, was wichtig ist auch für die Zukunft. Vor fünf Jahren – korrigiere mich, Hans – fand in Addis Abeba, der äthiopischen Hauptstadt, eine große

Konferenz der UNO zu Finanzfragen statt. Und die zentrale gemeinsame und wichtigste Forderung sämtlicher Staaten des globalen Südens, die daran teilnahmen war, dass die großen multinationalen Konzerne aus dem Norden, die in diesen Ländern des Südens Filialen haben und dort saftige Profite machen, dass die dort endlich auch Steuern zahlen. Und auch das ist von den Industriestaaten des Nordens rigoros abgelehnt worden. Im Jahre 2023 reden wir von über 620 Milliarden US-Dollars, die an Steuern auf diese Weise hinterzogen wurden. Und man muss wissen, das ist etwa 100-mal so viel wie das, was die Industriestaaten des Nordens an bilateraler Entwicklungshilfe an einige Länder des Südens zahlen. Also so viel wichtiger wäre eine gerechte Besteuerung.

Ja, die Frage: Was ist gemeint bei manchen Akteuren mit Entwestlichung oder der Kritik am Westen. Darauf würde ich gerne noch ein bisschen eingehen. Das ist auch in der Einladung, glaube ich, irgendwo erwähnt, wenn also die orthodoxe Kirche in Russland gegen den Satanismus predigt oder Wladimir Putin den liberalen Westen dafür kritisiert und es als dekadent oder Verfall bezeichnet, wenn eben bei uns auch Rechte von Menschen mit anderer sexueller Ausrichtung als nur heterosexuell geschützt werden soll. Das ist ja so einer der Hauptkritiken, die immer wieder nicht nur von Putin, sondern auch von seinen Redeschreibern formuliert wird. Also wenn das gemeint ist mit Entwestlichung, dann müssen wir klar sagen: Nein, dazu stehen wir. Zu diesen Freiheitsrechten für alle Menschen, egal, welcher politischer, sexueller, religiöser Überzeugung sie sind. Das ist natürlich Urgestein der universellen Menschenrechte. Was umgekehrt natürlich nicht ausschließt, dass man mit Blick etwa auf islamische Länder Rücksicht nimmt auf bestimmte andere Kulturen und Entwicklungen. Ich will jetzt nicht über das Kopftuch reden und wie das gesehen wird von Frauen bei uns und von Frauen dort, aber es gibt natürlich begründete und notwendige Rücksichtnahmen auch auf andere Kulturen. Aber vor diesem Versuch, der sich verbreitet nach meiner Wahrnehmung, die Gewährung und auch Ausweitung und Definition bürgerlicher, politischer Menschenrechte in den westlichen Staaten zu verteufeln und insofern dann eine Entwestlichung zu fordern, dem müssen wir ganz klar widerstehen.

Ich komme dann zu der Frage: Oder noch einen Zwischenschritt. Wir haben ja bei uns in der Politik, spätestens seit Frau Baerbock, Außenministerin ist, eine neue Formulierung zu dieser Weltordnung. Das ist die regelbasierte Ordnung. Ja, ich frage mich immer, ich habe Sie leider noch nicht fragen können: Was meint sie damit genau oder was ist der Unterschied dieser regelbasierten Ordnung zu der Ordnung, die durch das Völkerrecht der UNO beschrieben worden ist? Die Frage stelle ich mir schon seit den 90er Jahren, in einem anderen Zusammenhang als in den 90er Jahren. Diejenigen bei uns, die die Kompetenzen der Bundeswehr ausweiten wollten hin zu Auslandseinsätzen – in allen relevanten sicherheitspolitischen Dokumenten ab etwa 92, seien es die Weißbücher der Bundeswehr,

seien es die verteidigungspolitischen Richtlinien der Regierung, seien es bestimmte Reden von Politikern im Bundestag, waren immer so Formulierungen: Auslandseinsätze im Rahmen der UNO, also „Auslandsansätze der Bundeswehr im Rahmen der UNO“ oder „auf den Grundlagen der UNO“. Aber nirgendwo gab es die klare, wasserdichte Formulierung „Nur mit Mandat des UNO-Sicherheitsrates“. Das ist mir damals schon aufgefallen und das ist nicht ein Flüchtigkeitsfehler gewesen, sondern das war bewusst so, um sich diesen Handelsspielraum freizuhalten. Und was ist mit regelbasierter Ordnung gemeint? Wir erleben so etwa ab oder spätestens nach dem 11. September 2001 das Gejammere, mit Verlaub, in den politischen Eliten bei uns, dazu zähle ich dann immer auch einen Großteil meiner journalistischen Zunft, das Gejammere darüber, dass, wie Herr Steinmeier es formuliert hat auf einer Münchner Sicherheitskonferenz, Zitat: „die Welt aus den Fugen geraten sei“, die globalen Organisationen nicht mehr funktionierten, globale Unordnung herrsche und so weiter. Ich kann mich an die Sicherheitskonferenz 2015 erinnern. Da gab es ein Podium mit vier im üblichen blauen Diplomatendress gekleideten Männern. Das war ein Vertreter der NATO, ein Vertreter der Weltbank, ein Vertreter der EU und noch einer anderen Institution. Und die stimmten alle in diesen Chor ein, dass das eben alles nicht mehr funktioniert und bestimmte böse Akteure nicht mehr mitmachen. Zum Teil wurden sie auch genannt. Und der fünfte Mensch auf dem Podium, der sah schon äußerlich ganz anders aus. Das war ein schwarzbrauner Mann mit einem großen Curly in einem bunten Buschhemd. Das war der indischstämmige südafrikanische Generalsekretär von Greenpeace International, Kyna Eudo. Und der kam als letzter dran und der haute mit der Faust auf den Tisch und sagte zu den anderen vier: „Wovon quatschen Sie eigentlich die ganze Zeit hier? Für vier Fünftel der Menschheit gab es noch nie eine verlässliche Ordnung, wo auch die Grundbedürfnisse, die ihr alle in Europa und Nordamerika für selbstverständlich haltet, befriedigt worden wären.“ Das mal nur so als Schlaglicht. Meine Wahrnehmung ist: Dieses Gejammere hat angefangen, weil es nicht mehr selbstverständlich einfach möglich war, dass sich die Interessen der nördlichen Industriestaaten in wichtigen internationalen Institutionen so glatt durchsetzen ließen, wie das bis zum Ende des letzten Jahrtausends der Fall war.

Und ich mache es deutlich am Beispiel der Welthandelsorganisation, World Trade Organisation, mit Sitz in Genf, die ja 1995, 94 noch, gegründet wurde auf Betreiben der damals noch dominanten Wirtschaftselefanten – ich wiederhole: USA, EU, Japan, Kanada –, weil das Interesse war, innerhalb dieser festen Organisation, die eigenen Interessen besser durchsetzen zu können. Das zunehmende Eigeninteresse der nördlichen Industriestaaten nach Ende des Kalten Krieges war, jetzt endlich auf die bis dato abgeschotteten Märkte vor allem der großen Schwellenländer zu kommen. Vor allem Indien war im Visier, ein Land mit damals 1,3 Milliarden Menschen, das aber 150 Jahre lang seine Märkte zunächst mal abgeschottet hatte, um sich selber zu entwickeln. Also genau das, was die europäischen Staaten, die USA auch getan

haben. Aber den Indern wurde es jetzt als Protektionismus vorgeworfen. Und wenn die vier Wirtschaftselefanten in der WTO in den Jahren zwischen 94 und 2001 gemeinsame Interessen hatten – und ich habe das oft genug erlebt, weil ich bei all den Ministerrunden dabei war –, dann haben sie es auch durchgesetzt, selbst wenn alle anderen Mitgliedstaaten dagegen waren. Und das funktioniert nun seit 2001 nicht mehr. Warum? Weil China der WTO beigetreten ist, und China zusammen mit einer Reihe der von uns so bezeichneten „Schwellenländer“. Das sind die Brics-Staaten, Brasilien, Indien, Russland, Südafrika, aber noch ein paar mehr wie Indonesien, Türkei, Südkorea. China bildete mit denen gemeinsam einen Gegenblock innerhalb der WTO und seitdem ist in der WTO kein einziges Abkommen mehr geschlossen worden, was in den Wirtschaftsspalten unserer Zeitung beklagt wird. Das ist so ein Beispiel dafür, dass es eben nicht mehr so glatt funktioniert, wie man das 50 Jahre lang gewohnt war.

Jetzt komme ich zur Frage: Welche Weltordnung? Was wäre eine gerechte Weltordnung? Was wäre das Worst-Case-Szenario für eine künftige Weltordnung und was müssen wir realistischerweise erwarten? Was wäre eine gerechte Weltordnung? Das wäre eine G 193. Sie alle wissen, was die G7 ist. Das sind die sieben nördlichen Industriestaaten, die als die Wichtigsten gelten. Zeitweise zur G8 erweitert, Russland dabei, im Moment aus bekannten Gründen suspendiert. Und irgendwann, ich glaube, 2010 haben dann diese nördlichen Industriestaaten gemerkt, na diese aufstrebenden Schwellenländer im Süden, die sollten wir vielleicht doch dazu nehmen, auch um sie einzubinden. Und daraus wurde dann die G20 mit China dabei. Ich kann mich gut erinnern, dass manche bei uns in den Diskussionen damals, wie das zu bewerten ist, gesagt haben: „Wow, das ist toll, weil China wird jetzt ein verlässlicher Makler für die Interessen auch vieler kleiner Entwicklungsländer werden innerhalb der G20. Das hat sich nun leider als Fehleinschätzung und Illusion erwiesen. Natürlich ist die G20 vergleichsweise repräsentativer für die Welt, als ist die G7 oder die G8-Bahn. Das ist richtig. Aber es fallen eben doch viele Interessen und Bedürfnisse dort unter dem Tisch. Deswegen sage ich G 193 und damit meine ich eine Weltordnung, in der nicht nur die Interessen der Regierungen der 193 Mitgliedstaaten der UNO zum Zuge kommen, sondern in dem vor allem die Bedürfnisse der Bevölkerungen dieser 193 Staaten endlich gehört werden und auch befriedigt werden. Das ist ja nicht unbedingt dasselbe, Interessen der Regierungen und Bedürfnisse der Bevölkerung. Das ist eine konkrete Utopie, das weiß ich, aber ich bin nicht bereit, diese konkrete Utopie aufzugeben. Was wäre das Worst-Case-Szenario? Das Worst-Case-Szenario einer künftigen Weltordnung wäre eine harte, eine erneute, harte, bipolare Konfrontationsordnung mit den beiden Antipoden USA und China, die dann beide natürlich versuchen würden, andere Teile der Staatengemeinschaft in den Schulterschuss zu bringen oder auch zu zwingen gegen den jeweils anderen. Wir erleben das bereits unter der Biden-Administration bei den Versuchen, die EU in Sanktionsregime gegen chinesische Produkte, Hightech und so weiter zu nötigen. Und China versucht Ähnliches mit einigen asiatischen

Partnern. Warum wäre das nach meiner Meinung nach das Worst-Case-Szenario? Weil in einer solchen bipolaren Konfrontations-ordnung, nicht nur unmittelbar der Sicherheitsrat wieder blockiert wäre durch Vetos oder Veto-Androhungen, sondern so ziemlich das ganze System nicht nur der UNO, sondern auch anderer internationaler Zusammenhänge, die dringend funktionieren müssen, wenn wir denn das, was wir seit Anfang der 90er-Jahre als globale Herausforderungen begriffen haben, bewältigen wollen. Angefangen natürlich immer mit der Klimaerwärmung. All die anderen nenne ich jetzt aus Zeitgründen nicht. Das könnten wir dann vergessen. Das käme dann unter die Räder. Was ist die wahrscheinliche Weltordnung der nächsten, ich sage mal, überschaubaren, für uns überschaubaren, wenn ich mal gucke, 25 Jahre noch? Ja, Ich bin 70, also vielleicht 20 Jahre. Das ist eine multipolare Weltordnung bei den Freunden von Sicherheit-neu-denken, die ja im Moment in Fulda tagen und uns auch zugeschaltet sind und die gestern ein Papier diskutiert hatten, ich war da auch dabei, da heißt der Begriff „Polyzentrische Weltordnung“ – wie auch immer. Was ist damit gemeint? Ich sage, fünf bis sieben Akteure, die USA, China, die EU, Russland - immer noch mit Fragezeichen - Indien, Brasilien und vielleicht Südafrika. Multi-polare Weltordnung – in Washington wird dieser Begriff strikt abgelehnt, weil er natürlich als eine Bedrohung der bislang unipolaren Vormachtstellung der USA wahrgenommen wird. Und die USA tun ja auch vieles dafür, das zu verhindern. Aber auch in Berlin findet man diese Vorstellung nicht gut und sagt dann lieber regelbasierte Ordnung und hat eben die Behauptung in die Welt gesetzt, die du ja auch schon einigermaßen zitiert hast, Hans, dass wir es in den nächsten 20, 25 Jahren doch zu tun haben werden mit einer globalen Konfrontation zwischen den westlichen liberalen Demokratien, also wir auf der einen Seite, und der Allianz der autokratisch bis diktatorischen Schurkenstaaten (China, Russland und andere) auf der anderen Seite. Dieses ist arrogant natürlich vor dem Hintergrund dessen, was ich jetzt erzählt habe, der eigenen Verstöße gegen Völkerrecht, der Anwendung doppelter Standards bei der Einforderung von Völkerrecht und so weiter. Und es ist vor allem kontraproduktiv. Warum? Weil ich glaube, wenn wir es schaffen sollten als Menschheit, die globalen Herausforderungen noch einigermaßen zu bewältigen, dann wird das nur gehen, wenn die genannten fünf bis sieben Akteure alle dabei sind. Die es sind einfach Kraft ihrer Bevölkerungsgröße, Kraft der Wirtschaft, Kraft dessen, was sie an Rohstoffen benötigen, was sie an CO₂ ausstoßen und so weiter. Die müssen dabei sein. Also ohne China und Indien können wir die Pariser Klimaverträge völlig vergessen. Ohne uns Europäer auch. Nicht, das wird gleich wieder missverstanden. Wir sind auf eine Kooperation dieser fünf bis sieben angewiesen, selbst wenn wir unterschiedlich im Inneren verfasst sind. Demokratien, weniger Demokratien, Autokratien bis harte Diktaturen. Und dann wird natürlich die Frage aufgeworfen: „Ja, darf man denn dann, wenn man diese Kooperation will, überhaupt noch die Verletzung von Menschenrechten etwa in China überhaupt kritisieren? Oder muss man das mit Rücksicht auf diese Kooperation bei der Bewältigung der globalen Herausforderungen zurückstellen? Meine Antwort ist klar: Ja, man darf, aber es kommt sehr auf den Ton der Musik

an. Was meine ich damit? Wenn man kritisiert, dass in China die bürgerlichen und politischen Freiheitsrechte eingeschränkt sind, noch nicht in dem Maße entwickelt sind, wie bei uns, bei allen Problemen, die es ja auch bei uns gibt, das weiß ich alles, dann sollte man doch bitte schön auch dazu sagen – du hast es auch angedeutet, Hans – ich will es noch etwas deutlicher sagen: In einem Land, in dem während der Kulturrevolution 40 Millionen Menschen verhungert sind, werden heute 1,4 Milliarden Menschen ernährt, bekommen sauberes Trinkwasser, haben Sanitäreanlagen – das gehört auch dazu –, Gesundheitsversorgung, Bildungssystem und, und, und. Ich sage, um Himmels willen nicht, dass alles perfekt ist in China, das weiß ich auch. Aber wenn man sich das mal anguckt, was hier in den letzten 40 Jahren passiert ist, bei der Verwirklichung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechte, die eben genauso wichtig sind wie die politischen bürgerlichen Freiheitrechte, dann muss man das doch mal anerkennen. Das ist genau der Punkt. Ich kann mich erinnern am Menschenrechtsrat der UNO, wo ich als Journalist war in den 90er Jahren, wenn wir dann im Hintergrundgespräch mit unserem Botschafter saßen und dann war auf der Tagesordnung des Menschenrechtsrates, dass die Inder oder andere gesagt haben, jetzt soll das Recht auf Wasser endlich auch mal anerkannt werden, auch mal in ein Abkommen gebunden werden. Dann hat unser deutscher Botschafter immer gesagt: „Ach, diese Kollektivrechte, diese wirtschaftlichen, sozialen, die sind doch nicht so wichtig wie die politischen und wirtschaftlichen Freiheitsrechte. Also ich glaube, der Punkt ist klar und das führt mich zur allerletzten Frage und da ist ... also ich weiß nicht, ob ein Dissens, Hans, aber wir müssten es genau erklären. Diese Phase einer multipolaren Weltordnung ist nach meinem Dafürhalten oder sollte nach meinem Dafürhalten natürlich nur eine Übergangsphase sein, weil das natürlich genau das ist, was vorhin eine Fragestellerin in deiner Arbeitsgruppe kritisch hinterfragt hat, ob das nicht doch wieder im Grunde nur ein System von Machtblöcken ist, das sich im Moment dann für eine gewisse geschichtliche Phase einigermaßen austariert. Ja, das ist es. Das ist es. Nur wir haben nicht die Zeit, um es mal zuzuspitzen, zu warten, bis in allen Mitgliedsländern ideale freiheitlichen Zustände herrschen und uns dann erst an die globalen Herausforderungen zu begeben. Das war vor 30, 40 Jahren noch anders, aber inzwischen werden diese globalen Herausforderungen ja immer drängender. Aber gerade deswegen, sage ich, entscheidend sind die zivilgesellschaftlichen Gruppen und Bewegungen in allen Ländern, nicht nur bei uns, sondern eben auch in Asien. Und hier erinnere ich – du kannst dich auch erinnern, Hans – 1993, die große Weltmensenrechtskonferenz der UNO in Wien. Im Vorfeld gab es eine merkwürdige Allianz zwischen westlich deutschen Managern von großen Autokonzernen, die unbedingt endlich auf den chinesischen Markt wollten. Helmut Schmidt, der damalige autoritäre südkoreanische Premierminister von Südkorea und auch der Theologe Hans Küng, die gemeinsam eine Initiative starteten, dass die nun zusätzlich zu den Menschenrechten jetzt auch einen Katalog von verbindlichen Menschenpflichten verabschieden solle. Ein Anliegen, gegen das sich vor allem Amnesty International Deutschland mit dem damaligen Generalsekretär Volkmar Deile erfolgreich

gewehrt hat, weil das Ansinnen war - und die Manager der deutschen Konzerne haben das auch in Gesprächen mit uns immer deutlich gemacht - die haben gesagt: „Man kann doch von China, von der chinesischen Regierung jetzt nicht erwarten, dass die jetzt schon ihren Bürgerinnen und Bürgern Demokratie oder Freiheitsrechte einräumen. Dafür braucht China noch 30, 40 Jahre der sozioökonomischen Entwicklung. Und vor diesem Hintergrund hat es dann vor der offiziellen UNO-Konferenz auf Bali, in Indonesien, eine Konferenz gegeben von Nichtregierungsorganisationen. Und diesmal wirklich auch alle aus dem Süden und nicht nur die aus dem Norden. Und die aus Asien vor allem, aber auch aus Afrika, haben gesagt: „Kommt überhaupt nicht in Frage, dass jetzt hier auf der UNO-Konferenz zwei Klassen von Menschenrechten etabliert werden sollen. Wir, bei allem unterschiedlichen Entwicklungsstand, den wir haben, aus auch bekannten historischen Gründen, das hat auch etwas mit Kolonialzeit zu tun, wir haben den Anspruch, dass die bürgerlichen politischen Freiheitsrechte für uns genauso gelten wie für euch in Europa und Nordamerika. Und das hat sich zum Glück auf der offiziellen Konferenz durchgesetzt. Die Wiener Konferenz hat ein historisches Abschlussdokument verabschiedet, in dem in den ersten Sätzen klipp und klar drin steht: Alle seit 1948 definierten Menschenrechte, politisch, kulturell, sozial, wirtschaftlich, kollektive, wie immer sie heißen, gelten universell, sind miteinander verknüpft und voneinander abhängig. Darauf sollten wir alle bestehen. Und ich sage – ich habe es schon vorhin gesagt – der Erfolg des Strafgerichtshofes war einer, der ohne die NGOs, die Nichtregierungsorganisationen aus aller Welt, nicht möglich gewesen wäre. Die anderen vier, die ich nennen will, die Durchsetzung der Verbote dieser fürchterlichen Streubomben, ebenso das Verbot von Antipersonenminen. Worüber in der Struktur der UNO, in der ständigen Abrüstungskonferenz in Genf mit 61 Staaten jeweils über zehn Jahre verhandelt wurde, aber ergebnislos, weil da ist Konsenspflicht, und wenn zwei, drei Staaten sagen, wir wollen das Verbot aber nicht, nützt es nichts, wenn die anderen 56 sagen, wir wollen es aber. Und dann haben Nicht-Regierungsorganisationen, bei uns war es die Aktionsbündnis gegen Landminen, sich zusammengeschlossen und haben gesagt: „Dann suchen wir uns eine willige Regierung, die dann einladen soll. Es war in dem Fall Ottawa, die kanadische. Dann fand eine internationale Konkurrenz mit den willigen Staaten in Ottawa statt und das Ergebnis ist ein Vertrag, den heute 165 Staaten ratifiziert haben. Dasselbe passierte zehn Jahre noch mal mit dieser fürchterlichen Streumunition. Und dann ist es irgendwann nicht mehr so ganz relevant, ob das nun formal innerhalb des Rahmens der UNO stattgefunden hat oder nicht. Der nächste große Erfolg ist natürlich das Pariser Klimaabkommen. Ohne den Druck von Umweltorganisationen, wiederum in aller Welt, nicht nur bei uns im Norden und nicht nur Frau Merkel angeblich, sondern gerade auch im Süden, die noch mehr betroffen sind schon von den Auswirkungen der globalen Erwärmung, wären diese Verträge nicht möglich geworden. Und der letzte Erfolg, der hoffentlich noch Erinnerung ist, ist das Verbotsabkommen für Atomwaffen in der UN-Generalversammlung vom Sommer 2017,

durchgesetzt gegen massiven Widerstand und Druck, nicht nur der USA, sondern auch der deutschen Bundesregierung und anderer NATO-Region.

Ich könnte jetzt eine Stunde vorlesen aus den Dokumenten und den Briefen, die damals hin und her gingen, das zu verhindern, auch nur zu verhindern, dass in der Generalversammlung überhaupt beschlossen wird: Ja, wir diskutieren über einen Vertrag. Und trotzdem ist es gelungen, das durchzusetzen. Und ich glaube, das ist unsere Zukunft, dass wir in allen Ländern dieser Welt unter Berufung auf die universell gültigen Werte und Normen für eine Verbesserung der Lebensbedingungen, für Überwindung von Konflikten, für die Bewältigung der Klimakrise und für die Beendigung von Fliegen streiten. Herzlichen Dank für eure Geduld.